Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

281 (30.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 281 — **Mittwoch den 30. November 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Verhandlungen über die Kabinettsbildung haben auch am Dienstag noch keine Entscheidung gebracht.

*

In politischen Kreisen nimmt man an, daß am Mittwoch zwischen General Schleicher und Adolf Hitler eine Aussprache stattfindet, und daß hierauf beim Reichspräsidenten die Entscheidung getroffen wird, die man seit 14 Tagen erwartet.

*

In München sprach Staatspräsident Dr. Bolz über die Reichsreform in ziemlich scharfer Weise.

*

Der Reichsaußenminister erstattete am Dienstag dem Reichspräsidenten Bericht über die Genfer Verhandlungen.

*

Die Fünfmächte-Besprechung über die Gleichberechtigungsfrage soll in nächster Woche in Genf stattfinden.

*

Das Internationale Arbeitsamt tritt am 10. Januar zu einer Konferenz zusammen, auf der arbeitszeitliche Fragen behandelt werden sollen.

*

Das englische Oberhaus hörte am Dienstag eine Rede des Kriegsministers über Abrüstungs- und Mandschurei-Frage an.

Vereinheitlichung des Wechselrechtes vor dem Reichsrat

Berlin, 29. Nov. Der Reichsrat hält am Donnerstag abend wiederum eine Vollsitzung ab. Als wichtigster Punkt steht auf der Tagesordnung die Wiedereinbringung der auf internationalem Abkommen beruhenden Gesetzentwürfe über die Vereinheitlichung des Wechsel- und Scheckrechts. Der Reichsrat hatte sich mit diesen Entwürfen schon mehrfach beschäftigt und sie verabschiedet. Im Reichstag konnten die Gesetzentwürfe infolge der Parlamentsauflösung nicht erledigt werden. Sie sollen nun unverändert dem neuen Reichstag vorgelegt werden.

Das Internationale Arbeitsamt
und die Herabsetzung der Arbeitszeit

Genf, 29. Nov. Das Internationale Arbeitsamt hat alle Staaten auf den 10. Januar nächsten Jahres zu einer Vorkonferenz über die Frage eingeladen, wie durch Herabsetzung der Arbeitszeit eine Milderung der Arbeitslosigkeit ermöglicht werden kann. Die Untersuchungen der Konferenz werden sich lediglich auf die Industrie, den Bergbau und auf die Arbeitszeit der Angestellten erstrecken. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen der nächsten internationalen Arbeitskonferenz und gegebenenfalls auch der Weltwirtschaftskonferenz zugeleitet werden.

Amerikanische Rundfunkrede über Schuldenstreichung

London, 29. Nov. „Times" meldet aus Washington: Der demokratische Senator Pat Harrison (Mississippi), der im kommenden Kongreß Vorsitzender des Finanzausschusses des Senats sein wird, sagte am Montag abend in einer Rundfunkrede, im Falle einer völligen Streichung der Kriegsschulden würde sich die Erbschaft des Krieges, d. h. eine Last von 54 Milliarden Dollar, in folgender Weise verteilen: Deutschland würde möglicherweise mit 1 Prozent davonkommen. Es würden weiter entfallen auf Italien 2 Prozent, Frankreich 8 Prozent, die Vereinigten Staaten 39 Prozent und auf Großbritannien 50 Prozent. Daraus würden Zustände erwachsen, die man sich kaum vorstellen könne. Deutschland würde alsdann frei von Schulden, künftig im Konkurrenzkampf der Welt an erster Stelle stehen. Auch Italien und Frankreich seien dabei in Rechnung zu ziehen. Die amerikanische Regierung habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die kommende Generation nicht zu wirtschaftlicher Sklaverei verurteilt werde.

Die Rundfunkrede des amerikanischen Senators Harrison hat in Berliner politischen Kreisen starke Verwunderung erregt. Wenn Senator Harrison davon spricht, daß bei einer Verteilung der Erbschaft des Krieges, d. h. einer Last von 54 Milliarden Dollar, Deutschland mit 1 Prozent davonkommen und dadurch frei von Schulden im Konkurrenzkampf der Welt an erster Stelle stehen würde, so kann demgegenüber nur mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, **daß Deutschland auf keinen Fall in Zukunft frei von Schulden sein wird.** Vielleicht könnte man davon im Hinblick auf die politischen Schulden sprechen. Aber auch bei diesen muß beachtet werden, daß, wie es der Baseler Sachverständigenbericht vor einem Jahre ausdrücklich festgestellt hat, ein sehr erheblicher Teil der privaten Auslandsverschuldung, nämlich über 10 Milliarden RM., in Form von Reparationszahlungen wieder an das Ausland zurückgeflossen ist, **also in den privaten Schulden eine indirekte politische Verschuldung enthalten ist.** Dazu kommen noch die Verpflichtungen aus dem Lausanner Abkommen. Es bleibt unerfindlich, wie man bei der allgemein anerkannten Schwäche unserer wirtschaftlichen Lage behaupten kann, daß wir im Kampf der Welt mit Amerika uns messen könnten.

Die Krise am Dienstag

Schleicher verhandelt zunächst weiter

Berlin, 29. Nov. Während der Mittagsstunden am Dienstag wurde von zuständiger Stelle betont, daß die Meldung eines Mittagsblattes, als sei die Entscheidung bereits für Reichskanzler von Papen gefallen, falsch ist. Damit wird unsere Darstellung bestätigt, daß alles erst noch **von der Entscheidung des Reichspräsidenten abhängt.** Diese letzte Entscheidung ist nach den letzten Informationen erst für Mittwoch zu erwarten. Von unterrichteter Seite wird noch hinzugefügt, daß die **Besprechungen des Generals von Schleicher weitergehen.** Diese Auskunft ist vielleicht damit in Verbindung zu bringen, daß Dr. Frick mit seiner Absage der Besprechungen zu Dritt die Mitteilung verbunden hat, **daß Verhandlungen nur von Adolf Hitler geführt werden könnten. Steht Hitler zu einer Besprechung zur Verfügung, so wäre es möglich, daß General von Schleicher unter Umständen noch mit ihm spricht.** Das könnte auch die Verzögerung in der Entscheidung des Reichspräsidenten erklären.

*

Absage der Nationalsozialisten

Berlin, 29. Nov. Der Contidienst meldet: Das Bild der innerpolitischen Situation hat sich am Dienstag wieder grundlegend verändert. Die Nationalsozialisten, haben den in Aussicht genommenen **Besuch von Strasser und Frick beim Reichswehrminister wieder absagen lassen.** Den Grund dafür sieht man in politischen Kreisen darin, daß sich die unversöhnliche Richtung innerhalb der NSDAP., die nach dem Ausgang der Verhandlungen Adolf Hitlers unter keinen Umständen paktieren will, durchgesetzt hat. Diese Absage scheint nicht ohne Rückwirkung auf die Kandidatur des Generals v. Schleicher für das Kanzleramt zu bleiben. Man weiß, daß der Reichswehrminister dieses Amt ohnehin nur mit innerem Widerstreben übernehmen würde. Diese Einstellung ist durch die Antwort der Nationalsozialisten offenbar noch verstärkt worden. So rechnet man in politischen Kreisen jetzt bereits mit der **Wiederbeauftragung des Reichskanzlers von Papen.** Er wird einen neuen Auftrag auch in der jetzigen Situation nur sehr schwer annehmen, denn er ist sich sicher über die ungeheuer schwierigen Aufgaben im Klaren, die seiner harren würden in einer Zeit, in der wir den allerschwersten Wintermonaten entgegengehen.

*

Der „Völkische Beobachter" gegen ein Kabinett Schleicher

München, 29. Nov. Im „Völkischen Beobachter" wendet sich Alfred Rosenberg gegen den Plan eines Kabinetts Schleicher. Die NSDAP. werde, so führt er aus, **ein Kabinett des Generals von Schleicher ebenso wenig tolerieren wie das Kabinett von Papen.** Die NSDAP. protestiere angesichts ihres 11jährigen Kampfes um Deutschlands Wiedergeburt, „daß ihre Opfer, die Leitung ihres Führers heute wieder im Sinne einer verhängnisvollen Kabinettspolitik verfälscht werden sollen, wie einst der Aufbruch der Nation 1813 durch die Metternische".

*

Vor der Betrauung des neuen Kanzlers

Berlin, 29. Nov. In politischen Kreisen erwartet man die Entscheidung über die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers nun für den Mittwoch. Die Voraussetzung allerdings ist, daß die angekündigte Fühlungnahme zwischen dem Reichswehrminister und Adolf Hitler am Mittwoch beendet wird. Im allgemeinen hält man das für wahrscheinlich und glaubt sogar, daß diese Besprechung schon im Laufe des Vormittags abgeschlossen werden kann. In Kreisen der nationalsozialistischen Führung wurde abends noch die Auskunft gegeben, daß von einer solchen Zusammenkunft nichts bekannt sei. Es gilt aber in Berliner politischen Kreisen als sicher, daß sie stattfinden wird. Adolf Hitler wird Mittwoch früh in Berlin erwartet. Nach seiner Zusammenkunft mit General von Schleicher findet dann die entscheidende Konferenz beim Reichspräsidenten statt, an der wieder Staatssekretär Dr. Meißner, Reichskanzler von Papen und General von Schleicher teilnehmen. Am Dienstag ging bereits eine Besprechung im gleichen Kreise voraus; ihr kommt aber nur die Bedeutung eines Zwischenberichtes vor.

Ohne das Ergebnis der Besprechung zwischen dem Reichswehrminister und Adolf Hitler vorwegnehmen zu können, glaubt man nach der ganzen Stimmung, die aus nationalsozialistischen Kreisen bekannt geworden ist, nicht daran, daß Hitler die Tolerierung eines Kabinetts Schleicher zugestehen wird. Für den Reichspräsidenten ergibt sich dann die Frage, ob er die Neubildung des Kabinetts dem Reichskanzler von Papen oder dem General von Schleicher übertragen wird. Diese Frage ist noch nicht zu beantworten. Es läßt sich nur feststellen, daß nach den rein stimmungsmäßigen Urteilen, die man hören kann, in erster Linie Reichskanzler von Papen in Frage kommt.

Bekanntlich war schon seit längerer Zeit die Rede von erheblichen Personalveränderungen innerhalb eines neuen auch wieder unter Papens Kanzlerschaft stehenden Kabinetts. Es dürfte sich bestätigen, daß Reichsernährungsminister Frhr. v. Braun, Reichswirtschaftsminister Warmbold, Reichsinnenminister von Gayl, Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer nicht mehr wiederkehren werden. Allerdings ist es fraglich, ob die offenbar beabsichtigte Ernennung des preußischen kommissarischen Innenministers Dr. Bracht zum Reichsinnenminister eine völlige Aenderung in den Plänen über die Verfassungs- und Reichsreform bedeuten würde. Jedenfalls wird das neue Kabinett mit dem Artikel 48 ausgestattet werden und die Auflösung des Reichstages oder eine Vertagung unmittelbar nach dem Namensaufruf gilt als sicher. Als neuer Wahltermin wird der 5. Februar 1933 bereits genannt.

*

Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstags

T.U. **Berlin,** 29. Nov. Die neue Zentrumsfraktion des Reichstags trat am Dienstag nachmittag zu einer ersten Sitzung zusammen. Nachdem der Vorsitzende, Perlitius, die Mitglieder und vor allem die neugewählten Mitglieder der Fraktion begrüßt hatte, gedachte er in warmen Worten des Ablebens des früheren Fraktionsmitgliedes Pennemann und beglückwünschte den Abg. Blum zu seinem 75. Geburtstag. Sodann berichtete der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Prälat Kaas, über die politischen Vorgänge der letzten Wochen. Im Anschluß an den Bericht fand eine längere Aussprache statt, an der sich u. a. auch der frühere Reichskanzler Dr. Brüning beteiligte.

*

Das Zentrum hält weiter an der Schaffung einer Not- und Arbeitsgemeinschaft fest

T.U. **Berlin,** 29. Nov. Die „Germania" teilt zu der Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages noch ergänzend mit: Die Zentrumsfraktion hat in ihrer heutigen Sitzung den Bericht des Parteiführers über die Verhandlungen der letzten Wochen und die darin zum Ausdruck gebrachte Stellungnahme der Partei zur politischen Lage entgegengenommen.

Die Fraktion billigt einmütig die von höchster Verantwortung um Volk und Staat getragene Haltung der Parteiführung und spricht insbesondere dem Parteiführer Dr. Kaas aufrichtigen Dank und volles Vertrauen aus.

In Uebereinstimmung mit der Partei und Fraktionsleitung hält die Fraktion an dem Ziele der Schaffung einer Not- und Arbeitsgemeinschaft zwischen allen in Betracht kommenden Parteien fest. Nur auf diesem Wege kann dem Reiche in dieser gefahrvollen Zeit eine sichere, vom Volksvertrauen getragene, verfassungstreue und soziale Staatsführung und dem erschütterten Wirtschaftsleben die notwendige Beruhigung gegeben werden.

Wer im gegenwärtigen Augenblick der ehrlichen Verwirklichung des Sammlungsgedankens entgegenarbeitet, wird beim Eintritt in einen beispiellosen Notwinter mitschuldig an sozialen und politischen Entwicklungen, für die die Zentrumspartei zusammen mit allen anderen Sammlungswilligen jede Verantwortung ablehnt.

*

Vor der neuen Unterredung Schleicher-Hitler

T.U. **Berlin,** 30. Nov. Von den Berliner Blättern wird allgemein auf die große Bedeutung hingewiesen, die der für heute (Mittwoch) erwarteten Besprechung des Reichswehrministers von Schleicher und dem Führer der N.S.D.A.P. zukommt. Die „D.A.Z." weist darauf hin, daß die Preußenfrage innerhalb der Besprechung von Schleicher-Hitler sicher einen wichtigen Punkt bilden werde. Von nationalsozialistischer Seite werde ergänzend bemerkt, daß die Besprechung wohl vorwiegend den Plänen gelte, den Reichstag nach seiner Konstituierung zunächst bis zum 10. Januar zu vertagen, um Raum für neue Verhandlungen über die Regierungsbildung zu gewinnen. Im übrigen werde hervorgehoben, daß weitere Verhandlungen mit Parteien nicht mehr geplant seien; denn mit der jetzigen Hitler-Besprechung solle der Kreis geschlossen werden.

Der „Börsenkurier" tritt den Gerüchten entgegen, daß eine Entscheidung im Sinne eines geschäftsführenden Kabinetts von Papen gefallen sei, und schreibt u. a.: Die Andeutungen, daß das bisherige Kabinett von Papen als geschäftsführende Regierung im Amte gehalten werden könnte, würden schon durch die Tatsache widerlegt, daß eine Anzahl von Ministern wie z. B. der Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk, der Wirtschaftsminister Prof. Warmbold und nicht zuletzt der Minister ohne Portefeuille und Preußenkommissar Dr. Bracht es ablehnen würden, in dem bisherigen Kabinett von Papen weiter zu amtieren.

Weiter verzeichnet der „Börsenkurier" das Gerücht, daß General von Schleicher, der, wie man wisse, nur ungern in den Vordergrund trete, sich zu der Einleitung der gegenwärtigen Verhandlungen erst verstanden habe, als der Reichspräsident auf seine eigene Person betreffende Möglichkeiten hingewiesen habe, deren Verwirklichung heute niemand wünschen könne.

Wie der „Lokalanzeiger" erfährt, haben im Laufe des Dienstag wieder Vertreter der N.S.D.A.P. mit Vertretern des Zentrums Fühlung genommen. Es sollen Besprechungen zwischen Göring, Kaas, Esser und dem Vorsitzenden der preußischen Zentrumsfraktion, Lauscher, stattgefunden haben. In diesen Besprechungen soll man die Frage geprüft haben, ob die Wahl eines preußischen Ministerpräsidenten durch Zentrum und Nationalsozialisten die Möglichkeit zu einer Verständigung mit dem Reichspräsidenten unter der Voraussetzung biete, daß in Preußen der Reichskommissar zurückgezogen werde.

Der „Tag" gibt der Besorgnis Ausdruck, daß bei einem weiteren Andauern der Krise der Schaden der Zerstörung autoritärer Werte zum Nutzen der angestrebten Klärung überwiegen könne. Gesinnungsloser Parlamentarismus werde sich gewiß

nicht scheuen, aus dem Durcheinander der Regierungskrise eine Präsidentenkrise zu entwickeln. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß der Reichspräsident von Hindenburg in Abwehr der großen Gefahr durch eine schnelle autoritäre Beendigung der Regierungskrise die Idee der autoritären Staatsführung als unantastbaren Grundsatz zur unabänderlichen Durchführung bringe.

*

Adolf Hitler aus München abgefahren.

T.U. **München**, 29. Nov. Adolf Hitler ist am Dienstag abend 9,20 Uhr aus München abgefahren. Es wird angenommen, daß sich der Führer der N.S.D.A.P., bevor er im thüringischen Kommunalwahlkampf spricht, nach Berlin begeben wird.

Hitler in Weimar.

T.U. München, 30. Nov. Der „Völkische Beobachter" schreibt: Entgegen anders lautenden Gerüchten ist Adolf Hitler nicht nach Berlin gefahren, sondern befindet sich in Weimar, da in Thüringen die Wahlkämpfe für die Gemeinderatswahlen stattfinden. Auch Dr. Göbbels ist in Thüringen. Zur Berichterstattung über die politische Lage haben sich Göring, Dr. Frick und Strasser nach Weimar begeben.

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen seit 1929

Der Reichsfinanzminister über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen seit dem Jahre 1929.

T.U. **Berlin**, 29. Nov. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk sprach Dienstag abend in der Hochschule für Politik. Er gab zunächst einen Ueberblick über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen seit dem Jahre 1929, der, wie er sagte, die außerordentlich starke Konjunkturbedingtheit der öffentlichen Haushalte zeigte. Seit dem Jahre 1929 ist, so führte der Minister u. a. aus, das gesamte Steueraufkommen (einschließlich Zölle) in Reich, Ländern und Gemeinden von 13,5 auf 10 Milliarden RM., die voraussichtlich im Jahre 1932 aufkommen werden, zurückgegangen, obwohl in dieser Zeit Steuererhöhungen und neue Steuern im Ausmaße von rund 2,5 Milliarden RM. jährlich eingeführt worden sind. In Wirklichkeit ist also seit 1929 ein Steuerausfall von 6 Milliarden RM. eingetreten. An einzelnen Steuern wies der Minister die Stufenfolge der Konjunkturempfindlichkeit der Steuerarten nach.

Die sonstigen Einnahmen aus Anleihen, Verwaltungseinnahmen und dergleichen sind gegenüber 1929 auch um 2,2 Milliarden RM. gesunken.

Demgegenüber sind die Ausgaben für die gesamte Arbeitslosenfürsorge um 1½ Milliarden RM. gestiegen und würden sich um weitere 1—1½ Milliarden RM. erhöht haben, wenn nicht Kürzungen der Unterstützungssätze und andere Sparmaßnahmen seit dem Jahre 1930 durchgeführt worden wären.

Insgesamt ist also eine Verschlechterung der öffentlichen Haushalte um rund 10 Milliarden RM. eingetreten. Hiervon sind gedeckt durch Steuererhöhungen 2½ Milliarden RM., durch Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und Einführung der Arbeitslosenhilfe 0,7 Milliarden, durch drei Gehaltskürzungen, Kürzungen der Pensionen und sonstigen Versorgungsbezügen 1,6 Milliarden, sowie durch schärfste Kürzung der sächlichen Ausgaben in Höhe von 3,5 Milliarden, ferner durch Wegfall der Reparationen nach Absetzung der besonderen etwa 0,7 Milliarden RM. betragenden Reparationssteuern 1 Milliarde RM.

Infolge des Fehlens einer Haushaltskonjunkturpolitik in den Jahren seit 1926 sind Reich, Länder und Gemeinden ohne Reserven in die Krise hineingegangen. Daraus ergab sich der Zwang, immer wieder die Haushaltsfehlbeträge durch die bekannten drakonischen Maßnahmen auf der Einnahme- und Ausgabeseite zu decken. Diese Maßnahmen trugen nun infolge ihrer drosselnden Wirkung in immer stärkerem Masse ihrerseits wieder zur Verschärfung der Krise bei. Es war infolgedessen notwendig, sobald Anzeichen dafür sprechen, daß die Krise ihren tiefsten Punkt erreicht hätte, durch eine Entlastung der Wirtschaft die Grundlage für eine endgültige Etatssanierung zu legen. Da eine sofortige Steuersenkung aus Kassengründen nicht möglich war, ergab sich als natürliche Folge der Weg der Steuergutscheine.

Der Minister legte dann den Zusammenhang zwischen den Steuergutscheinen und dem Arbeitsbeschaffungsprogramm dar und sprach über Möglichkeiten und Grenzen eines solchen Programms. Abgesehen von der durch die Ausgabe von Steuergutscheinen ermöglichten Arbeitsbeschaffung beläuft sich das bisherige Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung einschließlich der neuen Aufträge der Reichsbahn und Reichspost auf rund ¾ Milliarden RM.

Er trat weiter den Besorgnissen entgegen, die hinsichtlich einer zu starken Belastung künftiger Jahre in der Oeffentlichkeit geäußert worden sind, und gab hierbei einen Ueberblick über die schon in früherer Zeit und unter der Regierung von Papen übernommenen Bürgschaften u. über die für Stützungszwecke ausgegebenen Schatzanweisungen. Nach dem letzten Stand sind für 2146 Millionen RM. Bürgschaften einschließlich aller Bankengarantien übernommen, davon entfallen auf das Kabinett von Papen 188 Mill. RM. An Schatzanweisungen sind 1020 Millionen RM., davon 255 Millionen RM. vom Kabinett von Papen begeben bezw. sind demnächst noch zu begeben. Von diesen Schatzanweisungen sind 385 Millionen zur Sicherheitsleistung begeben.

Die Belastung der Jahre 1933/38 beträgt daher zwischen 125 und 200 Millionen RM. jährlich aus Schatzanweisungen je nach der tatsächlichen Inanspruchnahme der für Sicherheitsleistungen gegebenen Schatzanweisungen. Dazu kommen aus Steuergutscheinen jährlich 300—500 Millionen RM. je nach dem Ausmaß der Verwendung von Steuergutscheinen für Mehreinstellung von Arbeitern.

Bolz über Reichsfragen

München, 29. Nov. Im Akademisch-Politischen Klub sprach der württ. Staatspräsident Dr. Bolz in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. Held, des Kultusministers Dr. Goldenberger, des Staatsrats Schäffer des Landtagspräsidenten, des württembergischen Gesandten über „Fragen der Reichsreform". Er persönlich beurteile diese Fragen nach dem Standpunkt der Brauchbarkeit, der sich auch bei der Länderkonferenz immer mehr durchgesetzt und die Gegensätze wesentlich gemildert habe. Ganz allgemein warnte er vor wichtigen Reformen für den Augenblick eines **Staatsnotstandes**, ohne daß an ihre Auswirkung gedacht werde. Die große **Machtfülle des Reichspräsidenten** sei erst in den letzten zwei Jahren voll erkannt worden und könne doch auch eine Gefahr bedeuten. Man könne doch nicht jedem Reichspräsidenten ohne Ansehen der Person Machtbefugnisse zugestehen, ohne zu wissen, welcher Gebrauch davon gemacht werde. Deshalb sei eine **festere Abgrenzung** notwendig. Es müsse auch Vorsorge getroffen werden für den Fall eines Ausscheidens Hindenburgs, damit die Machtfülle, die dann der Reichskanzler auf sich vereine, sicheren Händen anvertraut werde. Auf Grund der Erfahrungen, und auch mit Rücksicht auf die Rechte des Reichspräsidenten als Oberbefehlshaber des Heeres und verantwortlicher Leiter der Außenpolitik, könne er persönlich sich nicht für eine Erweiterung der Befugnisse des Reichspräsidenten einsetzen. Bolz wandte sich überaus scharf gegen die Auslegung gewisser „Kronjuristen", wonach diese Macht auf Grund eines Notstandes überhaupt keine Grenze mehr habe.

Für übertrieben halte er die Uebertragung des parlamentarischen Regierungssystems auf die Länderregierungen. Es habe zur Folge daß die Mehrzahl der Länder nur noch Geschäftsregierungen haben. Der Vorschlag, eine Regierung, die von einem neuen Landtag gewählt werde, bis zu dessen Ablauf zu belassen, würde eine Erleichterung bedeuten. Gegen die jetzige Art der Gesetzgebung durch den Reichstag müsse ein „Ventil" geschaffen werden durch Wiedereinsetzung des Reichsrats. Vollkommen ablehnend verhielt sich Bolz gegen eine zweite Kammer neben dem Reichsrat. In der Frage des Wahlrechts scheine eine Heraufsetzung des Wahlalters leicht zu erreichen, ebenso wahrscheinlich die Verkleinerung der Wahlkreise und die persönlichen Wahlen.

Zwischen Preußen und Reich sei eine Zusammenarbeit unbedingt nötig. Die Schwierigkeit liege im parlamentarischen System, in den beiderseitigen Bürokratien und deren Kampf um diese Zuständigkeit. Das erste müsse sein, daß diese beiden Körper miteinander verschmolzen würden. Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident in einer Person wäre ein großer Vorzug, sei aber nicht unbedingt nötig. Es genüge schon, für beide Regierungen gleiche Mehrheiten zusammenzubringen. Gelinge dies nicht, so würden die Gegensätze um so gefährlicher, je länger sie dauerten. Hinsichtlich der übrigen Länder vertrete er den Standpunkt der Lebenswilligkeit und Lebensfähigkeit. Es wäre aber kein Unglück, wenn sich einige der Länder als lebensunfähig erweisen sollten. Für die dringende Notwendigkeit einer Verwaltungsreform führte er Beispiele aus der Wohnungspolitik, dem Fürsorgewesen, das in die Hände der Gemeinden gelegt werden sollte, und auf der beabsichtigten Reichsgemeindeordnung an. Schließlich warnte er nachdrücklich vor einer Verfassungsreform auf dem Wege des Verfassungsbruches, der Gewalt und der Diktatur. Die Spekulation auf die Gleichgültigkeit des Volkes sei falsch.

Unter deutlicher Anspielung auf die Notwendigkeit auch der Heranziehung der Sozialdemokratie erklärte Bolz, das Volk habe Verständnis für die Sammlung, wenn man den Ruf an alle richte. Es werde aber nicht gelingen, wenn man von vornherein gewisse Kreise ausschließe und ihnen nicht zugestehe, daß auch sie das Wohl des Vaterlandes wollen. Wenn sie nicht zur Mitarbeit gewonnen werden können, dann wenigstens vielleicht zur Duldung. Man müsse bis zum Letzten versuchen, mit der Volksvertretung zusammenzuarbeiten, einen anderen Ausweg ohne schwerste Erschütterungen sehe er nicht.

Herriot will die Vertrauensfrage stellen

T.U. **Paris**, 29. Nov. Ministerpräsident Herriot erklärte am Dienstag in den Wandelgängen der Kammer, daß er weder vor dem Finanzausschuß noch vor dem Auswärtigen Ausschuß der Kammer irgend welche Erklärungen über die französisch-amerikanische Schuldenfrage abgeben würde, solange die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen nicht abgeschlossen seien. Er werde jedoch die Kammer nicht vor vollendete Tatsachen stellen. Im Finanzausschuß werde er sich darauf beschränken, den Entschließungsantrag des Abg. Marin zu bekämpfen. Sollte dieser Antrag dennoch in der Kammer eingebracht werden und zur Abstimmung gelangen — was am Freitag der Fall sein würde — so würde er sich gezwungen sehen, gegen die Annahme die Vertrauensfrage zu stellen.

In parlamentarischen Kreisen mißt man diesen Erklärungen Herriots große Bedeutung bei. Man ist allerdings der Auffassung, daß es ihm nicht gelingen wird, für die Zahlung der Schulden an Amerika eine Mehrheit in der Kammer zu finden, und die von ihm beabsichtigte Stellung der Vertrauensfrage den Sturz der Regierung nach sich ziehen würde. Allerdings mißt man einer derartigen Haltung der Kammer mehr moralischen als praktischen Wert bei, da die notwendigen Kredite für die Schuldenzahlung auf dem Verordnungswege zur Verfügung gestellt werden könnten und im Falle einer Krise Herriot sicher wieder mit der Neubildung der Regierung beauftragt werden würde. Es wird sich lediglich um eine Protestkundgebung gegen Amerika handeln.

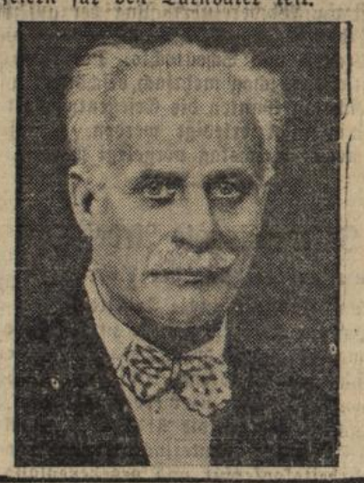
Unter diesen Umständen hält man es in Kreisen, die dem Ministerpräsidenten nahestehen, für möglich, daß Herriot seine Genfer Reise verschiebt.

Wertpapiere für eine halbe Million Dollar geraubt

T.U. **New-York**, 29. Nov. In der New-Yorker Continental-Bank wurde am Dienstag ein eigenartiger Raub verübt. In der Bank vermißte man plötzlich fünf von der Bundesregierung ausgegebene Liberty-Bonds (diese Bonds entsprechen unserer Kriegsanleihe) im Werte von einer halben Million Dollar, die spurlos verschwunden waren. Man nimmt an, daß sich bis jetzt unbekannt gebliebene Räuber in der Nähe des Kassenschalters aufgehalten haben, die die Tat unbemerkt ausgeführt haben. Sofort eingesetzte polizeiliche Nachforschungen sind bisher erfolglos geblieben.

Der letzte Jahn †

Aus Chikago kommt die Nachricht vom unerwarteten Hinscheiden Friedrich Ludwig Jahns, Enkel des Turnvaters, dessen beide Vornamen er trug. Der Verstorbene wurde 1864 in Baltimore geboren; in seinen Jugendjahren weilte er mit dem Vater in Deutschland und erlernte hier die ersten Grundlagen des Turnens. Im Alter von 22 Jahren kam Friedrich Ludwig Jahn, äußerlich dem Großvater auffallend ähnlich, wenn er selbst auch nur einen Schnurrbart trug, nach Chikago und war in den dortigen öffentlichen Schulen nahezu ein halbes Jahrhundert, genau 46 Jahre lang, als Turnlehrer tätig. Die letzten 15 Jahre wirkte er als Leiter der Körperbildung an der Crane Technischen Hochschule. Im Sommer 1928 weilte er anläßlich des Kölner Turnfestes zum letzten Male in Deutschland und nahm als Ehrengast der Deutschen Turnerschaft an vielen 150-Jahr-Gedächtnis-Feiern für den Turnvater teil.



Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[29

Mit diesen Worten verschwand sie in ihrem Zimmer. Die unerwartete Rückkehr ihres Vetters war ihr recht unangenehm, denn sie hatte sich ja um elf Uhr mit Fritz und dessen Geschäftsfreund verabredet.

So telephonierte sie denn und sagte Fritz, daß sie vielleicht erst etwas später zu der Verabredung kommen könnte. Den kleinen Ralph von der Schule abzuholen, fiel ihr nicht im entferntesten ein. Sie hatte dies nur Weltner gegenüber als Grund für ihr Fortgehen angegeben.

* * *

Es war eine Stunde später. Der Arzt war dagewesen und hatte bei Rechtsanwalt Weltner eine heftige Grippe konstatiert, die ein paar Tage sorgfältigster Schonung und Beobachtung bedurfte. Er hatte seine Anordnungen an Ina gegeben, die mit besorgter und aufmerksamer Miene alles entgegengenommen hatte.

Nun lag Weltner erschöpft und apathisch in einem halben Schlummer, nachdem er den Wunsch geäußert hatte, ganz allein gelassen zu werden.

Ina machte sich schnell fertig. Sorgsam prüfte sie ihr Gesicht im Spiegel und konstatierte, daß das neue schwarze Hütchen mit der orangefarbenen, seitlich gesteckten Feder außerordentlich kleidsam war und zu dem Schwarz des weichen Pelzmantels eine pikante Note gab.

Noch einmal fuhr sie sich mit der Puderquaste leicht über Nase und Wangen, zog die Augenbrauen vorsichtig nach. Es war zwar eine geschäftliche Besprechung, zu der sie ging aber auch bei geschäftlichen Angelegenheiten war das gute Aussehen einer Frau von großer Wichtigkeit.

Flüchtig kam ihr der Gedanke, daß sowohl der Pelz als auch der Hut noch nicht bezahlt waren. Aber nach den Andeutungen, die Fritz ihr am Telephon gemacht, würde sie ja bald aus den drückendsten Sorgen heraus sein.

Sie ging in den Korridor und horchte noch einmal an der Tür ihres Vetters. Nichts regte sich drinnen; er schien zu schlafen.

Dann begab sie sich in die Küche und sagte zu dem Hausmädchen:

„Ich gehe nur Ralph von der Schule abholen und bin bald wieder mit ihm zurück. Halten Sie sich in der Diele auf, damit Sie sofort zur Hand sind, wenn Herr Rechtsanwalt klingelt."

„Soll ich dem Chauffeur telephonieren, daß er den Wagen für die gnädige Frau vorfährt?" fragte Babette.

„Nein! Ich will ein paar Schritte zu Fuß gehen", war die Antwort. „Wer weiß, ob ich in den nächsten Tagen nicht durch die Erkrankung des Herrn Rechtsanwalts sehr ans Haus gefesselt bin."

Mit diesen Worten ging sie fort, in dem Bewußtsein, vor den Hausangestellten damit einen plausiblen Grund angegeben zu haben, denn sie benutzte sonst stets Weltners Auto, wenn es frei war. Jetzt aber hatte sie kein Interesse daran, den Chauffeur wissen zu lassen, wohin sie ihre Schritte lenkte.

Es war gegen halb zwölf Uhr, als Ina mit einer Autotaxe vor dem Kaffeehaus in der City hielt, in dem sie Fritz von Dubian und dessen Geschäftsfreund sprechen wollte.

Als sie in das Kaffeehaus hereinkam, sah sie schon an einem Tisch im Hintergrunde Fritz winken und schnell auf sich zukommen.

„Na, da bist du endlich! Wenn man schon mit euch Frauen Geschäfte machen will, selbst dann seid ihr noch unpünktlich. Mein Freund Gühring ist schon schlechter Laune!"

Von dem Tisch, auf den sie zugingen, erhob sich der breite, dunkle Mann, den Ina schon neulich flüchtig bei ihrer Zusammenkunft mit Fritz gesehen hatte.

„Verleumden Sie mich doch nicht so, Dubian!" sagte Gühring lächelnd und sah mit unverhohlener Bewunderung auf die elegante Erscheinung Inas. „Wie würde ich es wagen, in bezug auf die gnädige Frau ungeduldig zu sein!"

Er küßte Ina einen Augenblick zu lange die Hand, die sie ihm entgegengestreckt hatte. „Wir haben nur dankbar zu sein, daß sich die gnädige Frau um unsertwillen hierher bemüht."

Er schob mit übertriebener Beflissenheit Ina einen Sessel hin.

„Was darf ich der gnädigen Frau bestellen?" fragte er und winkte dem Kellner.

Neunzehntes Kapitel.

Fritz von Dubian sah mit einem halb verwunderten, halb belustigten Blick die offensichtlichen Bemühungen Gührings um Ina. Von dieser Seite hatte er ihn noch gar nicht kennengelernt. Ina schien ja einen außerordentlichen Eindruck auf Gühring zu machen. Schade, daß man noch nicht eher daran gedacht hatte, Ina mit ins Spiel einzusetzen. Eine schöne Frau konnte oft den härtesten und starrköpfigsten Geschäftspartner beeinflussen.

Auch Ina hatte gleich begriffen, daß sie auf Gühring wirkte. Sofort war sie entschlossen, das auszunutzen.

„Also, meine Herren, was für Geschäfte haben Sie mir vorzuschlagen? Und wie kommen Sie gerade auf mich?"

Fritz von Dubian machte eine Handbewegung zu Gühring hin:

„Bitte, Herr Gühring, Sie haben das Wort. Ich habe meiner Kusine bisher nur einige Andeutungen gemacht. Die genauen Erläuterungen hierzu möchte ich Ihnen überlassen."

Gühring sah sich vorsichtig um. An den Nebentischen waren alle Menschen mit sich selbst beschäftigt. Sie hatten ihre eigenen Besprechungen oder studierten eifrig die Zeitungen.

„Erlauben Sie, gnädige Frau" — Gühring rückte näher, wobei man nicht wußte, ob es aus Vorsicht war oder weil er gern der schönen Ina Hartwig näher sein wollte.

(Fortsetzung folgt.)